

Sitzung vom

24. August 2021

Mitgeteilt den

30. August 2021

Protokoll Nr.

775/2021

Auftrag Ulber

betreffend Schulbesuch an anderer Schulträgerschaft

Antwort der Regierung

Art. 69 des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz; BR 421.000) regelt den Grundsatz der Finanzierung der Schulen. Dieser sieht vor, dass die Schulträgerschaften die Kosten für die öffentliche Volksschule tragen (z. B. Lohnkosten der Klassenlehrpersonen, Overheadkosten, Raumkosten etc.), soweit die Gesetzgebung keine anderen Kostenträger vorsieht. Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Schulträgerschaften mit verschiedenen Beiträgen, namentlich mit der Regelschulpauschale sowie weiteren Beiträgen in den Bereichen Schulleitung, Kleinschulen, Transport, Massnahmen im niederschweligen Bereich oder bei weiter gehenden Tagesstrukturen. Im sonderpädagogischen Angebot trägt gemäss Art. 78 des Schulgesetzes der Kanton die Kosten im hochschweligen Bereich (separative und integrative Sonderschulung), die Schulträgerschaften beteiligen sich daran mit pauschalen Beiträgen. Dabei trägt der Kanton jedoch ausschliesslich jene Kosten, welche für die hochschweligen sonderpädagogischen Massnahmen anfallen. Bei einer separativen Sonderschulung ist dies, abgesehen von den überschaubaren Beiträgen der Schulträgerschaften und Erziehungsberechtigten, der überwiegende Teil der Kosten. Bei der integrativen Sonderschulung hingegen bleiben die Schülerinnen oder Schüler (SuS) in der Regelklasse und werden zusätzlich zum Regelschulunterricht durch sonderpädagogische Lehr-, Fach- oder Assistenzpersonen mit durchschnittlich acht Lektionen unterstützt. In diesen Fällen übernimmt der Kanton die Kosten für die zusätzliche Förderung während diesen Lektionen. Die übrigen Lektionen, welche die integrierten SuS besuchen, werden ausschliesslich durch die Klassenlehrperson der Regelschule erteilt. Diese Kosten hat, wie eingangs bereits erwähnt, nicht der Kanton, sondern die Schulträgerschaft der Regelschule zu tragen. Jährlich wechseln SuS aus unterschiedlichen Gründen an eine andere als die für sie zuständige Schulträgerschaft. Dies unter anderem, weil die zuständige Schulträgerschaft ihre speziellen pädagogischen Bedürfnisse nicht abdecken kann, z. B. bei talentierten oder besonders begabten SuS, wenn die Bereitstellung des Angebots für die Schulträgerschaft zu teuer, oder weil eine Beschulung der SuS nicht mehr mög-

lich ist (z. B. bei Mobbing oder disziplinarischen Problemen). Der häufigste Fall ist jedoch, dass eine Schulträgerschaft mangels SuS einzelne Schulstufen (oft Sekundarstufe I) oder unter Umständen gar keine Schule mehr führt. Die betroffenen SuS besuchen dann meist die Schule der benachbarten Schulträgerschaft. Gemäss Art. 6 Abs. 2 der Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung; BR 421.010) hat bei einem Schulwechsel (Schulbesuch in einer anderen Schulträgerschaft) aus den genannten Gründen in der Regel die abgebende Schulträgerschaft das Schulgeld und allfällige Transportkosten zu bezahlen. Diese Regelungen gelten für alle SuS der Volksschule, das heisst für Regelschülerinnen und -schüler sowie für SuS der integrativen Sonderschulung. Das Schulgeld, welches die abgebende Schulträgerschaft zu leisten hat, entspricht den Kosten, welche grundsätzlich bei der aufnehmenden Schulträgerschaft für den Regelschulbereich anfallen und welche diese gemäss Art. 69 des Schulgesetzes zu tragen hat. In einigen Fällen von Schulwechseln verlangen die aufnehmenden Schulträgerschaften jedoch nur einen stark reduzierten Betrag oder verzichten ganz auf die Zahlung eines Schulgelds, weil der Wechsel bei ihnen in der Regel keine oder nur sehr geringe Mehrkosten auslöst. Die zusätzlichen Kosten für die sonderpädagogischen Massnahmen im Falle einer integrativen Sonderschulung werden vom Kanton getragen. Aus Sicht der Regierung ist die Regelung betreffend Kostenträger im Volksschulbereich klar, konsequent und für alle betroffenen Schulträgerschaften sowie SuS gleich. Die im Auftrag Ulber geforderte zusätzliche Übernahme des Schulgelds bei Schulwechseln von SuS mit integrativer Sonderschulung neu durch den Kanton bedeutet eine Abkehr von dieser Regelung in einem einzigen Bereich und aufgrund eines Einzelfalls. Der Schulbesuch von Regelschülerinnen und -schülern in einer anderen Schulträgerschaft würde dadurch anders geregelt als jener von SuS der integrativen Sonderschulung, was eine Ungleichbehandlung der betroffenen abgebenden Schulträgerschaften mit sich bringt. Im Weiteren hat die Änderung im Bereich Sonderpädagogik mittelfristig einen weiteren Kostenanstieg zur Folge, da eine Änderung der Finanzierungsregelungen erfahrungsgemäss immer zu einer Ausweitung der Fälle führt. Die Regierung geht deshalb von geschätzten Mehrkosten in der Höhe von jährlich rund 100 000 Franken aus.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Auftrag Ulber betreffend Schulbesuch an anderer Schulträgerschaft

Im Kanton Graubünden besucht jedes Kind gemäss Schulgesetz die Schule jener Gemeinde, in der es sich mit der Einwilligung der Erziehungsberechtigten dauernd aufhält. Auf Gesuch der Erziehungsberechtigten kann ein Kind in begründeten Fällen in die Schule einer anderen Schulträgerschaft aufgenommen werden. Sind es persönliche Interessen, welche zum Schulwechsel führen, haben die Erziehungsberechtigten für das Schulgeld und die allfälligen Transportkosten aufzukommen. Sind keine persönlichen Interessen des Kindes ausschlaggebend, kommt der abgebende Schulträger für das Schulgeld und Transportkosten auf.

Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf haben Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen. Diese sonderpädagogischen Massnahmen können niederschwelliger oder hochschwelliger Art sein. Die Schulträgerschaften gewährleisten das sonderpädagogische Angebot und dessen Umsetzung im niederschwelligen Bereich.

Hochschwellige Massnahmen können unter anderem der Unterricht in Sonderschulen, die dazugehörige Betreuung oder gar eine stationäre Betreuung sein. Das Amt ordnet die hochschwelligen Massnahmen an und der Kanton finanziert diese auch. Die Regierung kann eine Kostenbeteiligung der Schulträgerschaft pro betroffenes Schulkind beschliessen. Die Kostenbeteiligung darf nicht mehr als 15 Prozent der jährlichen durchschnittlichen kantonalen Kosten pro Schülerin und Schüler betragen. Die gängige Praxis sind 21 Franken pro Tag, was Kosten von 7 665 Franken pro Jahr entspricht. Die Umsetzung kann integrativ in der Regelklasse erfolgen, insofern es für das Schulkind vorteilhaft ist und es für die Regelklasse tragbar ist. Zum Beispiel kann ein hör- oder sehbehindertes Kind die Regelschule besuchen und wird mit Therapien und integrativen Förderformen begleitet.

In vereinzelt Fällen sollte die integrierte Beschulung von Kindern im hochschwelligen Bereich in einer anderen Schulträgerschaft durchgeführt werden können, falls dies für das Kind von Vorteil ist. Das dabei anfallende Schulgeld muss der abgebende Schulträger bezahlen. Zum Beispiel könnte ein romanisch sprechendes, hörbehindertes Kind in einer deutschen Regelschule unterrichtet werden, damit die Voraussetzungen für das Erlernen der Gebärdensprache, die es im Romanischen nicht gibt, gegeben sind.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Regierung, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass das Amt für Volksschule und Sport für das Schulgeld aufkommt, insofern eine Beschulung in einer anderen Schulträgerschaft die sonderpädagogischen Massnahmen im hochschwelligen Bereich ermöglicht und keine gleichwertige Alternative vorhanden ist.

Davos, 16. Juni 2021

Ulber, Kasper, Schwärzel, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cantieni, Casutt-De-rungs, Clalüna, Crameri, Danuser, Degiacomi, Derungs, Epp, Favre Accola, Felix, Florin-Caluori, Föhn, Gartmann-Albin, Geis-seler, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Rettich, Ruckstuhl, Rüegg, Rutishauser, Sax, Schmid, Thomann-Frank, Tomaschett-Berther (Trun), Widmer (Felsberg), Widmer-Sprei-ter (Chur), Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Spadarotto, Stieger



Sesida dals

24 d'avust 2021

Communitgà ils

30 d'avust 2021

Protocol nr.

775/2021

Incumbensa Ulber

concernent la visita da scola en auters portaders da scola

Resposta da la Regenza

L'art. 69 da la Lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun (Lescha da scola; DG 421.000) regla il princip da la finanziaziun da las scolas. Quel prevesa ch'ils portaders da scola portian ils custs per las scolas popularas publicas (p.ex. ils custs da salari da las persuna d'instrucziun da classa, ils custs indirects, ils custs da las localitads e.u.v.), nun che la legislaziun prevesia in auter portader dals custs. Il chantun sa participescha als custs dals portaders da scola cun differentas contribuziuns, en spezial cun la pauschala per la scola regulara sco er cun autras contribuziuns en ils secturs da la direcziun da la scola, da las scolas pitschnas, dal transport, da las mesiras dal sector simpel u tar ulteriuras structures dal di. En cas da la purschida da la pedagogia speziala surpiglia il chantun – tenor l'art. 78 da la Lescha da scola – ils custs dal sector pretensius (scolaziun speziala separativa ed integrativa), ils portaders da scola sa participeschan vidlonder cun contribuziuns pauschalas. En quest connex surpiglia il chantun però mo quels custs che resultan da las mesiras pretensiusas da la pedagogia speziala. En cas d'ina scolaziun speziala separativa è quai, abstrahà da las contribuziuns modestas dals portaders da scola e da las persunas responsablas per l'educaziun, la gronda part dals custs. En cas da la scolaziun speziala integrativa percenter restan las scolaras ed ils scolars (SeS) en la classa regulara e vegnan sustegnids – supplementarmain a l'instrucziun regulara – da persunas d'instrucziun, da persunas spezialisadas e da persunas d'assistenza – cun en media otg lecziuns. En quests cas surpiglia il chantun ils custs per la promozion supplementara durant questas lecziuns. Las ulteriuras lecziuns, ch'ils SeS frequentan, vegnan dadas exclusivamain da la persuna d'instrucziun da classa da la scola regulara. Quests custs na sto betg surpigliar, sco menziunà qua survar, il chantun, mabain il portader da la scola regulara. Mintga onn midan SeS per differentes motivs ad in'auter portader da scola che quel ch'è responsabel per ellas ed els. Quai tranter auter, perquai ch'il portader da scola responsabel na po betg cuvrir lur basegns pedagogics spezials, p.ex. en cas da SeS talentads u cun duns spezials, sch'igl è memia char per il portader da scola da metter a disposiziun la purschida u sch'i n'è betg pli pussaivel d'instruir ils SeS (p.ex. pervia da mobing u pervia da

problems disciplinars). Il cas il pli frequent è però ch'in purtader da scola na porscha betg pli singuls stgalims (savens il stgalim secundar I) u na maina tut tenor pli nagina scola perquai ch'ils SeS mancan. Ils SeS pertutgads frequentan alura savens la scola dal purtader da scola vischin. Tenor l'art. 6 al. 2 da l'Ordinaziun tar la Lescha da scola (Ordinaziun da scola; DG 421.010) sto il purtader cedent pajar per regla ils daners da scola ed ils eventuels custs da transport en cas d'ina midada da scola (frequentaziun da la scola en in auter purtader da scola) per ils motivs numnads. Questas regulaziuns valan per tut ils SeS da la scola populara, quai vul dir per las scholaras ed ils scholars da la scola regulara sco er da talas e tals da la scolaziun speziala integrativa. Ils daners da scola ch'il purtader da scola cedent sto pajar, correspundan als custs che resultan da princip tar il purtader da scola acceptant per il sector da la scola regulara e che quel sto surpigliar tenor l'art. 69 da la Lescha da scola. En tscherts cas da midadas da scola pretendan ils purtaders da scola acceptants però mo in import reduci fermamain u renunzian dal tutfatg d'incassar daners da scola, perquai che la midada na chaschuna tar el per regla nagins custs supplementars u mo custs supplementars minimals. Ils custs supplementaras per mesiras da la pedagogia speziala en cas d'ina scolaziun speziala integrativa vegnan surpigliads dal chantun. Ord vista da la Regenza è la regulaziun concernent ils portacusts en il sector da la scola populara clera, consequenta ed eguala per tut ils purtaders da scola pertutgads sco er per ils SeS. La pretensiun formulada en l'incumbensa Ulber ch'il chantun duai da nov surpigliar supplementarmain ils daners da scola en cas che SeS, che dovran ina scolaziun speziala, midan la scola, signifitgass in distatgament da questa regulaziun en in singul sector e pervia d'in cas singul. La visita da scola dad SeS da la scola regulara en in auter purtader da scola vegniss uschia reglada autramain che quella dad SeS da la scolaziun speziala integrativa. Quai chaschuna in tractament inegal dals purtaders da scola cedents correspundents. Ultra da quai chaschuna la midada en il sector da la pedagogia speziala in ulteriur augment dals custs a media vista, perquai ch'ina midada da las regulaziuns da finanziaziun chaschuna tenor l'experiencescha adina in augment dals cas. Pervia da quai parta la Regenza da custs supplementars stimads da var 100 000 francs per onn.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa Ulber concernent la frequentaziun da la scola tar auters purtaders da scola

Tenor la Lescha da scola frequenta mintga uffant en il chantun Grischun la scola da quella vischnanca, en la quala el ha – cun il consentiment da las persunas responsablas per l'educaziun – dimora permanenta. Sin dumonda da las persunas responsablas per l'educaziun po in uffant vegnir ammess – en cas motivads – a la scola d'in auter purtader da scola. Sche quai èn interess persunals che mainan a la midada da la scola, ston las persunas responsablas per l'educaziun pajar ils daners da scola ed ils eventuels custs da transport. Sch'i n'èn betg decisivs interess persunals da l'uffant, paja il purtader da scola cedent ils daners da scola ed ils custs da transport.

Scolaras e scholars che han in basegn da promoziun spezial han il dretg sin mesiras da la pedagogia speziala. Questas mesiras da la pedagogia speziala pon esser mesiras simplas u mesiras pretensiusas. Ils purtaders da scola garanteschan che la purschida da la pedagogia speziala saja avant maun e vegnia realisada en il sector simpel.

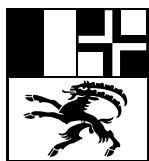
Las mesiras pretensiusas pon tranter auter esser l'instrucziun en scolas spezialas, la tgira che tutga tiers u schizunt ina tgira staziunara. L'uffizi ordinescha las mesiras pretensiusas ed il chantun finanziescha quellas er. La Regenza po concluder ch'il purtader da scola sa participeschia als custs da mintga scolara pertutgada e da mintga scholar pertutgà. La participaziun als custs na dastga betg surpassar 15 pertschient da la media dals custs annuals chantunals per scolara e per scholar. La pratica vertenta èn 21 francs per di, quai che corresponda a 7665 francs per onn. La realisaziun po succeder en moda integrativa en la classa regulara, sche quai è d'avantatg per la scolara u il scholar e sche quai è supportabel per la classa regulara. Per exempel po in uffant che ha in impediment da l'udida e da la vesida frequentar la scola regulara e vegn accompagnà cun terapias e cun furmas da promoziun integrativas.

En cas singuls duai l'instrucziun d'uffants integrada en il sector pretensius pudair vegnir realisada en in auter purtader da scola, sche quai è in avantatg per l'uffant. Ils daners da scola che resultan en in tal cas, ston vegnir pajads dal purtader da scola cedent. Per exempel pudess in uffant che discurra rumantsch e che ha in impediment da l'udida vegnir instruì en ina scola regulara tudestga, per che las premissas per emprender la lingua da segns ch'i na dat betg per il rumantsch, sajan dadas.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan la Regenza da stgaffir las basas legalas per che l'Uffizi per la scola populara ed il sport possa surpigliar ils daners da scola, sch'ina instrucziun en in auter purtader da scola pussibilitescha las mesiras da la pedagogia speziala en il sector pretensius e sch'i n'èn avant maun naginas alternativas equivalentas.

Tavau, ils 16 da zercladur 2021

Ulber, Kasper, Schwärzel, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cantieni, Casutt-Derungs, Clalüna, Crameri, Danuser, Degiacomi, Derungs, Epp, Favre Accola, Felix, Florin-Caluori, Föhn, Gartmann-Albin, Geisseler, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Rettich, Ruckstuhl, Rüegg, Rutishauser, Sax, Schmid, Thomann-Frank, Tomaschett-Berther (Trun), Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuir), Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Spadarotto, Stieger



Seduta del

24 agosto 2021

Comunicata il

30 agosto 2021

Protocollo n.

775/2021

Incarico Ulber

concernente la frequenza della scuola presso un altro ente scolastico

Risposta del Governo

L'art. 69 della legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni (legge scolastica; CSC 421.000) disciplina il principio del finanziamento delle scuole. Tale principio prevede che gli enti scolastici assumono i costi per la scuola popolare pubblica (ad es. costi salariali degli insegnanti di classe, costi generali, costi per i locali, ecc.), per quanto la legislazione non preveda che vengano assunti da altri. Il Cantone partecipa ai costi degli enti scolastici con diversi contributi, in particolare con la forfetaria per scuola regolare nonché con altri contributi nei settori direzione scolastica, piccole scuole, trasporto, misure nel settore a bassa soglia o con riguardo alle ulteriori strutture diurne. Conformemente all'art. 78 della legge scolastica, in relazione all'offerta di pedagogia specializzata il Cantone si assume i costi nel settore ad alta soglia (scolarizzazione speciale separativa e integrativa), gli enti scolastici vi partecipano con contributi forfetari. Il Cantone si assume tuttavia esclusivamente i costi dovuti alle misure di pedagogia specializzata ad alta soglia. Nel caso dell'istruzione scolastica speciale separativa, a prescindere dai contributi contenuti degli enti scolastici e dei titoli dell'autorità parentale, si tratta della parte preponderante dei costi. Per contro, nel caso dell'istruzione scolastica speciale integrativa gli allievi rimangono nella classe regolare e in aggiunta alle lezioni di scuola regolare vengono sostenuti in media per otto lezioni da insegnanti, specialisti o assistenti di pedagogia specializzata. In questi casi il Cantone si fa carico dei costi per il sostegno supplementare durante queste lezioni. Le rimanenti lezioni frequentate dagli allievi con scolarizzazione integrativa vengono impartite esclusivamente dall'insegnante di classe della scuola regolare. Come ricordato all'inizio, questi costi non sono a carico del Cantone, bensì dell'ente scolastico della scuola regolare. Ogni anno, per differenti ragioni vi sono allievi che passano a un ente scolastico diverso da quello che sarebbe competente per loro. Ciò accade tra l'altro perché l'ente scolastico competente non è in grado di soddisfare i loro bisogni pedagogici particolari, ad esempio nel caso di allievi con talenti o doti particolari quando mettere a disposizione l'offerta risulta eccessivamente oneroso per l'ente scolastico oppure perché un'istruzione degli allievi non è più possibile (ad es. in caso di mobbing o di problemi disciplinari). Il caso più frequente è tuttavia quello che

vede un ente scolastico non gestire più singoli gradi scolastici (sovente si tratta del grado secondario I) o addirittura nessuna scuola a causa della mancanza di allievi. In questi casi gli allievi interessati frequentano di solito la scuola dell'ente scolastico vicino. Conformemente all'art. 6 cpv. 2 dell'ordinanza relativa alla legge scolastica (ordinanza scolastica; CSC 421.010), in caso di cambio di scuola (frequenza della scuola presso un altro ente scolastico) per i motivi menzionati, la tassa scolastica e gli eventuali costi di trasporto vengono di norma assunti dall'ente scolastico di origine. Questa disciplina vale per tutti gli allievi della scuola dell'obbligo, vale a dire sia per allievi delle classi regolari, sia per allievi dell'istruzione scolastica speciale integrativa. La tassa scolastica che l'ente di origine deve versare corrisponde ai costi che in linea di principio risultano all'ente scolastico di destinazione per il settore della scuola regolare e di cui quest'ultimo deve farsi carico in conformità all'art. 69 della legge scolastica. In alcuni casi di cambio di scuola gli enti scolastici di destinazione richiedono tuttavia soltanto un contributo sensibilmente ridotto o rinunciano del tutto al pagamento di una tassa scolastica, poiché di norma per loro il cambio non comporta costi supplementari o solo costi supplementari molto limitati. I costi supplementari per le misure di pedagogia specializzata in caso di istruzione scolastica speciale integrativa vengono sostenuti dal Cantone. Il Governo ritiene che la disciplina concernente le unità finali d'imputazione nel settore della scuola dell'obbligo sia chiara, coerente e uguale per tutti gli enti scolastici e gli allievi interessati. L'assunzione supplementare ex novo della tassa scolastica da parte del Cantone in caso di cambio di scuola da parte di allievi con istruzione scolastica speciale integrativa, come richiesto nell'incarico Ulber, significa un abbandono di questa disciplina in un unico settore e sulla base di un singolo caso. La frequenza scolastica presso un altro ente scolastico da parte di allievi di scuola regolare verrebbe in tal modo disciplinata in modo diverso rispetto a quella di allievi con istruzione scolastica speciale integrativa, ciò che cela una disparità di trattamento degli enti scolastici di origine interessati. Inoltre la modifica nel settore della pedagogia specializzata comporta a medio termine un ulteriore aumento dei costi, poiché, per esperienza, una modifica delle regole di finanziamento comporta sempre un aumento dei casi. Il Governo parte perciò da una stima di costi supplementari pari a circa 100 000 franchi all'anno.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Ulber concernente la frequenza della scuola presso un altro ente scolastico

Conformemente alla legge scolastica, nel Cantone dei Grigioni ogni bambino frequenta la scuola del comune nel quale risiede stabilmente con il consenso dei titolari dell'autorità parentale. Su richiesta dei titolari dell'autorità parentale, in casi motivati un bambino può essere ammesso nella scuola di un altro ente scolastico. Se il cambio di scuola è motivato da interessi personali, sono i titolari dell'autorità parentale a doversi fare carico della tassa scolastica e degli eventuali costi di trasporto. Se ad essere determinanti non sono gli interessi personali del bambino, la tassa scolastica e i costi di trasporto vengono assunti dall'ente scolastico di origine.

Gli allievi con bisogni educativi speciali hanno diritto a misure di pedagogia specializzata. Queste misure di pedagogia specializzata possono essere a bassa o ad alta soglia. Gli enti scolastici garantiscono l'offerta di pedagogia specializzata e la sua attuazione nel settore a bassa soglia.

Tra le misure ad alta soglia possono rientrare ad esempio l'istruzione in scuole speciali, la relativa assistenza o addirittura un'assistenza stazionaria. L'Ufficio dispone le misure ad alta soglia, che vengono finanziate dal Cantone. Il Governo può decidere una partecipazione ai costi da parte dell'ente scolastico per ogni allievo interessato. La partecipazione ai costi non può superare il 15 per cento dei costi cantonali annui medi per allievo. Secondo la prassi corrente si tratta di 21 franchi al giorno, ciò che corrisponde a costi pari a 7 665 franchi all'anno. L'attuazione può avvenire in modo integrativo nella classe regolare, se ciò è vantaggioso per l'allievo e sostenibile per la classe regolare. Ad esempio un bambino con una disabilità uditiva o visiva può frequentare la scuola regolare ed essere seguito con terapie e forme di promozione integrativa.

In singoli casi l'istruzione scolastica integrativa di bambini nel settore ad alta soglia deve poter avvenire presso un altro ente scolastico, se ciò rappresenta un vantaggio per il bambino. Le tasse scolastiche che ne risultano devono andare a carico dell'ente scolastico di origine. Ad esempio un bambino di lingua romancia con disabilità uditiva potrebbe frequentare una scuola regolare di lingua tedesca, affinché siano soddisfatti i presupposti per l'apprendimento della lingua dei segni, che in romancio non esiste.

Le firmatarie e i firmatari incaricano il Governo di creare le basi legali affinché l'Ufficio per la scuola popolare e lo sport si faccia carico delle tasse scolastiche nel caso in cui l'istruzione scolastica presso un altro ente scolastico consenta l'applicazione di misure di pedagogia specializzata nel settore ad alta soglia e non esista un'alternativa equivalente.

Davos, 16 giugno 2021

Ulber, Kasper, Schwärzel, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cantieni, Casutt-Derungs, Clalüna, Cramer, Danuser, Degiacomi, Derungs, Epp, Favre Accola, Felix, Florin-Caluori, Föhn, Gartmann-Albin, Geiseler, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Loeppfe, Maissen, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Rettich, Ruckstuhl, Rüegg, Rutishauser, Sax, Schmid, Thomann-Frank, Tomaschett-Berther (Trun), Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Zanetti (Landquart), Bürgi-Büchel, Spadarotto, Stieger